

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Probleme des Parlamentarismus

Nichts könnte für die Entwicklung der Demokratie unfruchtbarer und gefährlicher sein als eine kritiklose Hinnahme des parlamentarischen Systems, wie es sich konkret darstellt, oder eine ebenso undifferenzierte Ablehnung in Bausch und Bogen. Zu begrüßen sind demgegenüber alle Versuche differenzierter und kritischer Betrachtung mit positiver Grundhaltung. Diese Anerkennung ist den beiden Referaten zu zollen, die auf der jüngsten Tagung der Hochschule für Politik München über „*Möglichkeiten und Grenzen des Verfassungsschutzes*“ gehalten wurden und deren Text nun den Hauptteil von Heft 59 der Monatshefte *Politische Studien* bildet. Die Referenten — der sozialdemokratische Parlamentarier *Dr. Walter Menzel* und der Bundesverfassungsrichter *Prof. Dr. Willi Geiger* — haben das Thema mit wissenschaftlicher Exaktheit, aber zugleich ganz konkret angepackt und auf die aktuellen Probleme zugespitzt; beide kommen zu dem Ergebnis, daß der gerichtliche Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung notwendig und nützlich, aber in seiner Wirksamkeit begrenzt sei: Der Staat lebe nur aus der politischen Kraft seiner Bürger, aus ihrer Bereitschaft, „die Freiheit jedes einzelnen von uns und unserer Staatsordnung“ (Menzel), „die Freiheit, die Demokratie, den Rechtsstaat“ (Geiger) zu verteidigen.

Nicht minder lehrreich ist es, die Diskussion solcher Probleme in anderen Demokratien zu verfolgen. In *Österreich* ist sie gegenwärtig in der sozialistischen Monatschrift *Die Zukunft* im Gange: *Josef Sterk* hat sie mit „kritischen Bemerkungen eines Journalisten“ eingeleitet,

und dann folgt im gleichen Heft (1) eine sehr gründliche, Beispiele und Literatur aus verschiedenen Staaten heranziehende Untersuchung über die Technik des Parlamentarismus. Der Verfasser, *Otto Jettmar*, ist der Auffassung, daß die Stärke der Demokratie gerade darin liege, daß in ihr die verschiedensten politischen Auffassungen und Ideale zur Geltung kommen können — notwendig sei aber, daß sie jene Techniken verfeinere und vervollkomme, „die es ihr gestatten, trotz der Verschiedenheit der Auffassungen und Ideale möglichst rasch zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen“; vielleicht den wichtigsten Sektor Technik der Demokratie bilde die Technik des Parlamentarismus, die geradezu als Voraussetzung eines modernen Rechtsstaates angesehen werden müsse. Dabei sei unbedingt am Prinzip der Gewaltenteilung festzuhalten, während die Art der Verteilung der Macht im Laufe der Zeiten Wandlungen unterworfen sei. — Spezifisch österreichische Mängel und Schwächen der Demokratie behandelt in einem späteren Heft (3) *Bruno Pittermann* unter dem Stichwort „Aschenbrödel Parlament“. Auch sein Bekenntnis ist eindeutig und entschieden: „Die parlamentarische Demokratie ist jene Regierungsform, in der allein die arbeitenden Menschen ihre wirkliche und einzige Stärke, die geschlossene Zahl der Wähler, zur Sicherung ihrer politischen und sozialen Rechte, zur Hebung ihres Lebensstandards und zur Wahrung des inneren Friedens im eigenen Staat und im Verhältnis mit den anderen Staaten voll zur Geltung bringen können.“ Ob „die geschlossene Zahl der Wähler“ wirklich die „einzige Stärke“ der arbeitenden Menschen ist, bleibe dahingestellt; gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus bedarf diese These entschieden der Ergänzung.

Zum Thema Aufrüstung

Die Fragen des Funktionierens der Demokratie werden besonders brennend im Zusammenhang mit der Stellung des Militärs im Staate. Mit diesem Problem setzt sich klar und gründlich ein Aufsatz von *Dr. jur. Horst Ehmke* (Bonn) in der *Zeitschrift für Politik* (4) auseinander. Der Verfasser untersucht historisch und aktuell das gerade für Deutschland so heikle Thema „Militärischer Oberbefehl und parlamentarische Kontrolle“, wobei er zu dem sehr bemerkenswerten Ergebnis kommt, „daß eine effektive Kontrolle des militärischen Oberbefehls eine Änderung unserer parlamentarischen Institutionen erfordert“. „Wenn heute schon die Zivilverwaltung vom Parlament nicht wirksam kontrolliert wird, wie soll es morgen beim Militär werden?“. Er lehnt natürlich jede irgendwie geartete Sonderstellung der Armee scharf ab und verlangt eine wirklich wirksame Kontrolle des Parlaments über den militärischen Oberbefehl durch die Einrichtung der Ministerverantwortlichkeit und durch die Bildung eines Verteidigungsausschusses des Bundestages, der nicht etwa nur ein weiterer Fachausschuß sein dürfe, sondern als „kleines Haus“ funktionieren, auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses besitzen müsse und gleichzeitig Beschwerdeinstanz für die Angehörigen der Streitkräfte sein solle; auch müsse ihm ein Informations-, Mitsprache- und Vetorecht bei der Ernennung der höheren Offiziere zustehen. Ferner solle die Opposition auch die Fragestunde des Bundestages als weiteren Ansatzpunkt parlamentarischer Kontrolle ausbauen. „Eins ist jedenfalls sicher“, schließt Dr. Ehmke, „wir werden all unseren Verstand und all unsere Zivilcourage zusammennehmen müssen, wenn wir nicht durch eine Wiederbewaffnung das verlieren sollen, was doch allein eine Verteidigung sinnvoll machen und die für sie erforderlichen Opfer rechtfertigen kann: unsere Freiheit.“

Zivilcourage erfordert auch der grundsätzliche Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die Entschlossenheit, ihr gegebenenfalls durch Kriegsdienstverweigerung zu begegnen. Diesem Thema widmen die protestantischen Monatshefte *Junge Kirche* (5/6) neuerdings mehrere Berichte und Aufsätze, von denen wir eine scharfsinnige Untersuchung über „Kriegsdienstverweigerung einst und heute“ aus der Feder von *D. Friedrich Sigmund-Schultze* hervorheben; der in der internationalen kirchlichen und religiös-sozialen Bewegung seit den Tagen des ersten Weltkrieges hochangesehene Verfasser stellt sehr konkret die Aufgaben des Ausschusses für Wehrdienstverweigerungsfragen dar (u. a. Einrichtung von Beratungsstellen für Wehrdienstverweigerer in allen größeren Städten). Diesem Ausschuß gehören nach diesem Bericht neben Friedensverbänden und Kirchen auch die Spitzenverbände der deutschen Ju-

gend an, so der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands, Deutsche Katholische Jugend, Sozialistische Arbeiterjugend, die Falken, was über das gestellte Aufgabengebiet hinaus interessante Möglichkeiten für Kontakte und Zusammenwirken eröffnet.

Die weltweiten Aspekte der Frage „Weltaufrüstung und Weltabrüstung“ skizziert der bekannte Labourpolitiker *Philip Noel-Baker* in der *Deutschen Rundschau* (4): „Unsere Generation muß mit dem Wettrüsten ein Ende machen — oder das Wettrüsten wird ein Ende mit uns machen. Jetzt ist die Zeit, ihm Einhalt zu gebieten, und Deutschland und Großbritannien sind vornehmlich dazu berufen, die Welt zu einem Yahren und dauernden Frieden zu bringen.“ Interessant ist die Ansicht des Verfassers, wenn Sowjetrußland einer drastischen internationalen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zustimme, könne der Westen seine Verteidigungspakte überprüfen und, sie mit dem¹ Plan der Moskauer Konferenz „in einem weltweiten System gegenseitiger Garantien“ aufgehen lassen.

Rußland und China

„Das sowjetisch-chinesische Vertragswerk von Peking“ untersucht *Artur W. Just* in der Monatschrift *Außenpolitik* (3). Er sieht in diesen Verträgen einen „Meilenstein der Geschichte Asiens, ja der Weltgeschichte, der am Beginn einer neuen Epoche steht und in eine Richtung weist, die vielleicht über die Grenzen unseres Jahrhunderts hinausführt“. Ein historischer Prozeß von dreieinhalb Jahrhunderten sei in Peking zum Abschluß gekommen: Das Vertragswerk von Peking „beseitigt auf der festen Grundlage der ideologischen Freundschaft die Reste des zaristischen Erbes aus einer Periode imperialistischer Irrungen in Fernost wie auch in Zentralasien“. Von „außerordentlicher, epochaler Tragweite“ sind nach Auffassung des Verfassers die Pekinger Vereinbarungen über das Eisenbahnwesen, durch die China künftig über drei Kontaktstellen Eisenbahnanschluß an das osteuropäisch-asiatische Netz haben wird: *Eurasien* wird jetzt zu einer greifbaren Wirklichkeit — eine neue Welt für das eiserne Zeitalter, das damit in Zentralasien seinen Anfang nimmt. Und Just schließt mit dem nachdenklichen Satz: „Das alte Europa und die Westwelt überhaupt stehen vor der Frage, ob sie an dieser neuen Entwicklung von globaler Bedeutung teilhaben wollen oder dürfen. Die in Peking in Fluß gekommene Dynamik zu hindern, ist es sicherlich bereits zu spät.“

Indien und Japan

Aber auch in jenen Teilen Asiens, die sich außerhalb des russisch-chinesischen Machtbereichs halten, vollziehen sich hochinteressante Entwicklungen, die wir aufmerksamst verfolgen

müssen. Für *Indien* verweisen wir neuerlich auf das sehr informative *Bulletin der Indischen Botschaft Bern*, das (VI, 2) eingehend über Indiens neue Sozialordnung, über seine Bodenreform, über ausländische Investitionen, über landwirtschaftliche Forschungsarbeiten usw. berichtet. Sehr wertvolle Informationen finden sich auch fast in jedem Heft der *Freien Gewerkschaftswehr*, dem in Brüssel in deutscher Sprache erscheinenden offiziellen Organ des IBFG. So berichtet *Hans Gottfurcht* über seine Eindrücke in Indien und Pakistan und speziell über die entscheidenden Funktionen der Gewerkschaften in beiden Ländern; im gleichen Heft (56) wird über den letzten Jahreskongreß des Indischen Gewerkschaftsbundes referiert. Im nächsten Heft (57) findet sich dann ein Aufsatz über den Kurs der demokratischen freien Gewerkschaften Indiens; der Verfasser *Harin Shah*, Redakteur von „The Indian Worker“, dem offiziellen Organ des Indischen Gewerkschaftsbundes, schildert die Grundsätze und Methoden, mit denen die indische Gewerkschaftsbewegung „als eine durchaus friedliche, aber absolut überzeugende Alternative den Methoden des Kommunismus“ entgegentrete und damit begonnen habe, „die größte sozialdemokratische Gemeinschaft auf der Erde anzustreben und zu ihr zu führen“. Ob alle seine Ansichten (z. B. enge Bindung der Gewerkschaften an die Kongreßpartei) für alle Zukunft gültig bleiben werden, ist eine andere Frage. — Zur Ergänzung dieser Berichte sei auf die Eindrücke verwiesen, die *Günther Patzig*, der mit einem Stipendium der UNESCO fünf Monate in Indien sein

konnte, in der *Deutschen Universitätszeitung* (5) veröffentlicht; seine Beobachtungen und Bemerkungen erstrecken sich vor allem auf die kulturellen Aspekte im heutigen Indien.

Dem gleichfalls sehr aktuellen Thema *Japan* widmen die *Schweizer Monatshefte* zwei Berichte, die sich gut ergänzen: Der zur Zeit an der International Christian University in Tokio wirkende bekannte Schweizer Theologe *Prof. Emil Brunner* stellt im Märzheft u. a. fest: „Sicher ist eins: die Zeit der amerikanischen Bevormundung ist vorbei, zum Guten oder zum Bösen.“ Brunner scheint eher das Böse zu befürchten, denn er sagt: „Die totalitären Ideen von links und rechts finden hier einen äußerst günstigen Nährboden . . . Die Bewegung geht auf einen Totalitarismus zu, aber ob dies einer von links oder von rechts sein wird, kann wohl niemand voraussagen. Auf alle Fälle ist die Demokratie sehr gefährdet, fehlt es ihr doch am geistigen Fundament, an der christlichen Tradition.“ Im Aprilheft analysiert dann *Lily Abegg*, die Japan und Ostasien gut kennt, die jüngsten Wahlergebnisse, die sie als einen Sieg der Demokraten, aber auch der Sozialisten charakterisiert; eine „wenn auch nicht sensationelle, so doch ausgesprochene Linkstendenz ist im Wachsen begriffen“; diese Tendenz werde vermutlich anhalten, solange die wirtschaftliche Not weiterbestehe. Falls das Kabinett Hatoyama stürze und in diesem Jahr nochmals Wahlen stattfänden, könne mit ziemlicher Sicherheit damit gerechnet werden, daß die Linke weitere Gewinne erzielen werde. *Dr. Walter Fabian*